

Der Beobachter



für die Lande an Sieg und Dill, an Lahn, Lenne und Eder.
Wochenschrift der Deutschen Volkspartei des Siegerlandes.

4.
Jahrg.

Der „Beobachter“ kostet vierteljährlich M. 4.50 ohne Bringerlohn und Postgebühren. Er wird bestellt bei allen Postanstalten sowie in der Geschäftsstelle Brüderweg 1 und der Druckerei Obergraben 5/1.

Samstag
7. Januar 1922

Anzeigen

finden im „Beobachter“ weiteste Verbreitung. Die einspaltige mm-Zeile kostet 30 Pfg., bei Mehraufnahmen entsprechender Preisnachlaß.

Nr. 1.

Inhalt der Nummer:

Wirtschaftliche Wochenübersicht.
Am Vorabend von Cannes.
Kritische Tage der Außenpolitik.
Genossenschaften und Umsatzsteuer. Von Dr. Hugo.
Die Teuerungsziffer.
Die Deutsche Volkspartei und die Landwirtschaft.
Die Gewerkschaften, die Reparationszahlungen und die Steuervorlagen. Von Emil Roth.
Staatsbetrieb oder Streikbetrieb?
Die Lohnbewegungen, Streiks und Aussparungen im Jahre 1920. Von Emil Roth.
Für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene.
Die bittere Lage der Rentenempfänger. Von Otto Adams, M. d. R.
Mangel an Wärme.
Stinnes und seine Wege. Von Wilhelm Georg Bremerhaven.
Indien und Ägypten.
Den Finger drauf.
Grundsätze der Deutschen Volkspartei.
Aus der Partei.
Briefkasten.

Wirtschaftliche Wochenübersicht.

Die Unsicherheit, die zurzeit noch immer die deutschen Börsen beherrscht, macht sich allmählich auch im Geschäftsleben fühlbar und lähmt die Dispositionsfähigkeit und die Entschlußkraft der Wirtschaftsführer. Zwar werden in den industriellen Unternehmungen die Kapitalserhöhungen, die seit längerer Zeit geplant sind, durchgeführt, weil ja die Möglichkeit, daß die Geldentwertung andauert oder sich gar noch fortsetzt, keineswegs von der Hand zu weisen ist. Aber andererseits erwägt man auch schon, was zu tun ist, wenn die Mark etwa einen größeren und dauernden Aufstieg nimmt und auch in gewissem Umfange gefestigt wird, so daß die übergroßen Schwankungen nicht mehr in Rechnung gestellt werden müssen. So hat, um ein Beispiel anzuführen, die Generalversammlung der Aktiengesellschaft für automatischen Verkauf zwar eine abermalige Verdoppelung des Aktienkapitals beschlossen, aber es wurde zugleich die Wiedereinziehung eines Teiles der neuen Aktien für den Fall vorgesehen, daß ein Umschwung der Kon-

junktur eine Verminderung des Aktienkapitals als ratsam erscheinen läßt. Kommt dieser Umschwung, und wir müssen ja hoffen, daß er als Ergebnis der Verhandlungen von Cannes endlich kommt, so wird für viele Gesellschaften, die ihr Kapital in den letzten Monaten gewaltig vermehrt haben, eine recht schwierige Lage entstehen, denn die Verzinsung des erhöhten Aktienkapitals ist natürlich nur solange möglich, wie die Geldentwertung die ungeheuren Papiergewinne entstehen läßt. Man ersieht hieraus schon, daß die befürchtete Arbeitslosigkeit durchaus nicht die einzige Wirtschaftsnot ist, die Deutschland im Falle eines Konjunkturmchwunges droht.

Angesichts der schweren Gefahren, die unserer Wirtschaft bevorstehen, nach welcher Seite hin die Konjunktur sich im neuen Kalenderjahre auch entwickeln mag, wäre nichts bedenklicher, als wenn durch die Gehaltsforderungen und Forderungswünsche der Eisenbahner etwa eine teilweise Lahmlegung des Eisenbahnverkehrs herbeigeführt würde, denn die nächste Folge einer Arbeitsniederlegung der Eisenbahner müßte die Stilllegung des größten Teils unserer Betriebe wegen Kohlenmangels sein. Die unversehrte Produktion ist aber das einzige, was wir aus dem mißglückten Versuch der Erfüllungspolitik, die uns bis dicht an den Rand des finanziellen Zusammenbruchs geführt hat, zu retten vermöchten. Sie ist in der Tat der Gegenstand des Reides und der Mißgunst aller unserer Gegner. Daß Frankreichs Ziel die Fortführung des Vernichtungskrieges gegen Deutschland in Gestalt eines unerbittlichen Wirtschaftskrieges ist, muß heute jedermann bekannt sein. Aber auch hinter dem scheinbaren Entgegenkommen Englands steckt letzten Endes nur der Wunsch seiner Wirtschaftsführer, die wirtschaftlichen und sozialen Nöte, unter denen sie selbst leiden, durch eine Änderung der Reparationsforderungen nach Deutschland zu übertragen. Man will unsere finanzielle Krise erleichtern, um uns dafür in eine Wirtschaftskrise zu stürzen. Da wir gegen diese Absichten ja ziemlich wehrlos sind, müssen wir unsererseits natürlich alles vermeiden, was geeignet ist, unsere Wirtschaftskraft zu schwächen. Dann dürfen wir hoffen, auch jene kommenden Gefahren zu bestehen, ohne zusammenzubrechen. Es gibt Mittel, durch die wir im kommenden Jahre unsere Produktion so zu stärken vermögen, daß wir weder Arbeitslosigkeit noch das Erlöschen unseres Exporthandels zu fürchten

brauchen. In den wirtschaftlichen Mitteilungen der Siemenswerke sind kürzlich Wege gezeigt worden, auf denen wir uns vom Auslande auf den meisten Gebieten unabhängig machen können. Es wird nachgewiesen, daß Deutschland bei Anspannung aller Kräfte seine Steinkohlenförderung leicht auf 125 Millionen Tonnen jährlich zu steigern vermag. Da aber unser heutiger Eigenbedarf nicht mehr als 135 Millionen Tonnen beträgt, wobei alle wirtschaftlichen Bedürfnisse befriedigt werden können, so ergibt sich selbst bei Hinzurechnung unserer Lieferungen an die Entente in Höhe von 26,4 Millionen Tonnen und einer sonstigen notwendigen Ausfuhr von 15 Millionen Tonnen nur ein Fehlbetrag von 37 Millionen Tonnen, den wir durch Heranziehung unserer Braunkohlenüberschüsse, durch Abbau der Hochmoore und Ausnutzung der Wasserkräfte vollkommen zu decken vermögen. Durch die Elektrifizierung der Eisenbahnen können wir außerdem große Kohlenersparnisse erzielen. Die Durchführung aller dieser wirtschaftlichen Aufgaben erfordert gleichzeitig eine außerordentlich große Zahl von Arbeitskräften, wodurch die Arbeitslosigkeit gegenstandslos wird. Ihre Verwirklichung scheiterte bisher an unserer Finanznot. Führt also die Konferenz von Cannes zu einer Milderung der unerträglichen Reparationslasten und wird uns auf diese Weise eine finanzielle Gesundung von Reich und Gemeinden ermöglicht, so brauchen wir auch gegenüber den wirtschaftlichen Nöten, die wir als Folge eines Konjunkturmchwunges zu erwarten haben, nicht zu verzagen. Allerdings muß das ganze deutsche Volk an der Lösung der großen Aufgaben, die uns gestellt werden, mitarbeiten. Die Gegensätze zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern müssen sich abschwächen, da doch beide dem gleichen Schicksal entgegengehen, nämlich dem Ruin, wenn die Wirtschaft nicht gerettet wird, oder dem allmählichen Wiederaufstieg, wenn durch gemeinsame Arbeit der Aufbau gelingt. Es muß am Schluß dieses ereignisreichen Jahres dem deutschen Volke mehr als je zum Bewußtsein kommen, daß es auf sich allein gestellt ist und daß niemand ihm helfen wird, wenn es sich durch innere Uneinigkeit selbst der einzigen Rettungsmöglichkeit, die es noch besitzt, beraubt. Wir stehen somit am Grabe der Erfüllungspolitik. Der Versuch des Reichskanzlers Dr. Wirth ist mißlungen und damit ist ein wichtiger Abschnitt in der Entwicklung der Nachkriegszeit beendet. Beginnt

Leistung der Bevorzugung zu stellen. Ich muß es jedenfalls mit Entschiedenheit ablehnen, daß die Deutsche Volkspartei in der Frage verlagert hätte: ich habe als Referent der Fraktion für die Umsatzsteuer rechtzeitig in der Kommission meinen Protest gegen den für den Handel geradezu tödlichen Beschluß eingelegt.

Dr. Hugo, M. d. R.

Die Teuerungsziffer.

So ungewiß das Jahr ist, das wir begonnen haben, so sicher ist mit der einen Tatsache zu rechnen, daß wir gleich zu Beginn ein weiteres Emporschnellen der Preise zu erwarten haben. Die Hausfrau wird das Steigen sehr bald daran merken, daß für diesen oder jenen notwendigen Bedarfsartikel wieder ein beträchtlicher Aufschlag zu zahlen ist. Wie weit aber die Teuerungswelle das gesamte wirtschaftliche Leben überflutet, das erleben wir aus der sogenannten Indexziffer, die die Verteuerung der gesamten Lebenshaltung im Vergleich zu früheren Monaten im Prozentverhältnis anzeigt. Mit dieser Indexziffer treiben auch eine Anzahl wilder Statistiken ihr Wesen, die mit ganz willkürlichen Zahlen operieren. Es ist deshalb lehrreich, einmal die amtliche Grundlage kennen zu lernen, auf der sich die Indexziffer aufbaut. Dr. Lübstorf, Leipzig, macht darüber in der Zeitschrift „Technik für Alle“ genaue Angaben.

Die Kosten der Lebenshaltung, soweit Nahrung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung in Frage kommen, werden von der Reichsstatistik an einer Normalration gemessen, die den Bedarf einer fünfköpfigen Familie von 2 Erwachsenen und 3 Kindern von 12, 7 und 1½ Jahren in je 4 Wochen darstellt und für Ernährung (in sogenannten Wertigkeitssätzen ausgedrückt) umfaßt: 47 000 Gr. Roggenbrot, 15 000 Gr. Nahrungsmittel, 70 000 Gr. Kartoffeln, 30 000 Gr. Gemüse, 1500 Gr. Fleisch, 3000 Gr. Schellfisch, 1500 Gr. Speck, 4500 Gr. Fett, 1500 Gr. Salzheringe, 3000 Gr. Dörrobst, 3500 Gr. Zucker, 10 Stück Eier, 28 Liter Vollmilch. Die Kosten dieser Nahrungsmittelmengen werden für je einen Vierwochenabschnitt berechnet. Dabei wird zunächst festgestellt, welcher Teil der Nahrungsmittelmengen auf Marken amtlich zugeteilt worden ist und wieviel dieser Teil kostet. Für den danach übrigbleibenden Teil der Nahrungsmittel, der, seitdem die Rationierung im wesentlichen aufgehoben ist, der überwiegend größere und im freien und Schleichhandel zuzukaufen ist, werden die freien und Schleichhandelspreise in Rechnung gestellt, die amtlich unter Mitwirkung eines Ausschusses von Arbeitgebern und Arbeitnehmern und Vertretern des Groß- und Kleinhandels regelmäßig für die Mitte jedes Monats festgestellt werden. Bei der Feststellung dieser Preise wird besonders berücksichtigt, welche Nahrungsmittel im freien Handel jeweils vorwiegend am Markte erhältlich sind und welche unter ihnen als die billigsten besonders begehrt werden. Zu der genannten Bedarfsmenge von Nahrungsmitteln tritt eine gewisse Menge Brenn- und Leuchtstoffe, die örtlich verschieden ausgelegt werden muß und z. B. nach dem in Leipzig örtlichen Verbrauch im Jahresdurchschnitt (für Sommer und Winter) in 2 Zentner Kohle und 20 Kubikmeter Kochgas für Brennzwecke und 5 Kubikmeter Leuchtgas für Leuchtzwecke angenommen wird. Die von der Reichsstatistik angegebene Wohnung von 2 Zimmern und Küche wird, da sie für die fünfköpfige Familie gedacht ist als eine Wohnung verstanden, die aus 2 heizbaren Zimmern, 1 bis 2 Schlafkammern und Küche besteht; auch der für eine solche Wohnung durchschnittlich zu zahlende Preis wird von Zeit zu Zeit neu festgestellt. Diese Zahl wird Teuerungszahl genannt.

Das Statistische Reichsamt veröffentlicht die Teuerungszahlen für Nahrung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung für alle Gemeinden mit über 10 000 Einwohnern regelmäßig in der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ und in dem jetzt vom Reichsarbeitsministerium herausgegebenen „Reichsarbeitsblatt“. Hierbei wird als gewogenes Mittel, d. h. unter Be-

rücksichtigung der Einwohnerzahl der Gemeinden, der Durchschnitt als Reichsteuerungszahl berechnet. Die Indexziffer zeigte z. B. im Oktober 1921 eine Steigerung von 21,4 v. H. und gegenüber dem Stand vom Oktober 1920 eine Steigerung von 33,9 v. H.

Die Deutsche Volkspartei und die Landwirtschaft.

Bei der Beratung des Staatshaushalts im Preussischen Landtag hat der Abgeordnete Schifftan im Namen der Deutschen Volkspartei eine groß angelegte Rede zum Etat des Landwirtschaftsministeriums gehalten, aus der hier einige besonders wichtige Stellen nachträglich hervorgehoben werden, was bisher wegen Raummangels zurückgestellt werden mußte.

Der Redner knüpfte an die Programmrede des neuen Landwirtschaftsministers Dr. Wendorf an und stellt fest, daß dieser sich das Vertrauen der Landwirtschaft erwerben könne, wenn er die von ihm selbst gutgeheißenen Pläne seines Vorgängers ausführe; bei der Deutschen Volkspartei werde er dabei volle Unterstützung finden. Im laufenden Erntejahr mühten auch die letzten Reste der Zwangswirtschaft verschwinden, darunter auch die Richtpreise, die nur die Schieber begünstigten. Wenn man durch Richtpreise den Wucher beschränken will, dann muß man für fast alle Waren Richtpreise festsetzen, nicht nur für Erzeugnisse der Landwirtschaft, und das ist unausführbar. Der Wucher findet nirgends schärfere Beurteilung, als bei der Landwirtschaft. Der Minister möge sein Amt gerecht und paritätisch führen und die Belange der Erzeuger und Verbraucher auszugleichen suchen. Die ungesunde Preisbildung der Kartoffeln ist in erster Linie auf den Wagenmangel der Eisenbahn zurückzuführen; mangels holländischer Kartoffeln muß der Osten den Westen versorgen und das hat seine Schwierigkeiten. Die Ankäufe von schreckhaften Hausfrauen usw. spielen ebenfalls eine beträchtliche Rolle dabei. Die landwirtschaftlichen Organisationen werden jedem Wucher mit größter Entschiedenheit entgegenzutreten. Die Regierung muß dafür sorgen, daß keine Verschiebungen von Kartoffeln über die Grenze, namentlich im Westen, geduldet werden. Die Spannung zwischen den Preisen für Fleisch und lebendes Vieh ist natürlich hoch, wo für Vorräte und Aufierungen der Unabhängigen im Berliner Stadtparlament vollständiges Zeugnis ablegen; die Landwirtschaft trifft dafür keine Verantwortung. Die Einführung von Mais und Futtermitteln ist möglichst zu fördern, auch für Brennzwecke. Die schlechte Raufutterernte wird zu einer Verminderung der Viehbestände führen, weshalb in der Schweinezucht ein Ausgleich zu suchen ist.

Für eine gute und ertragreiche Landwirtschaft ist künstlicher Dünger unbedingt erforderlich, auch dort, wo animalischer Dünger zur Verfügung steht. Für die Volksernährung ist dies von ausschlaggebender Bedeutung, denn dann kann die Einfuhr von Nahrungsmitteln eingeschränkt werden. Es ist richtiger, den deutschen Landwirt möglichst erzeugungsfähig zu machen, als im Ausland zu kaufen. Billiger künstlicher Dünger ist die Vorbedingung für möglichst intensive Wirtschaft. An der Bodenverbesserung haben Erzeuger und Verbraucher ein gleich großes Interesse. Die Kreditgenossenschaften und die landwirtschaftlichen Bildungsanstalten verdienen größte Beachtung und Förderung. Zwischen Stadt und Land muß besseres gegenseitiges Verständnis herbeigeführt werden, nicht die Parteipolitik darf die Gemüter verwirren. Für das Siedlungswesen sollten soviel Mittel wie zugänglich bereitgestellt werden. Die Erwerbslosen würden ein reiches Feld für produktive Tätigkeit in der Kultivierung von Moor- und Südländereien finden. Der Ministerpräsident Brauns selbst und ein anderer Vertreter der Mehrheitssozialisten haben erklärt, daß für die Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung nicht genug „gesehen“ könne, denn sie bedeute eben eine Lebensfrage des deutschen Volkes. Die Regierung möge zugreifen gegen hemmungslose Genuß-

sucht, die aufreizend wirkt. Man bekämpfe den Ideen Materialismus und schütze die Intelligenz, die heute am schwersten leidet. Bei allen diesen Bestrebungen wird man die Deutsche Volkspartei helfend und fördernd auf dem Posten finden. Unter lautem anhaltendem Beifall schloß der Redner mit folgenden Worten:

„Kein bezorglicher Eingriff in die ländlichen Organisationen. Der freie Landwirt auf seiner Scholle, der Verbraucher und der Erzeuger Schulter an Schulter, aus Liebe zur Heimat! Das ist der einzige Weg, der zum Wiederaufbau führen kann. Sonst gehen wir als Wirtschaftsganzes unter.“

Die Gewerkschaften, die Reparationszahlungen und die Steuervorlagen.

Der Kanzler der Erfüllung hat sich vor einiger Zeit an die Industrie wenden müssen, um sie wegen Beschaffung von Krediten für die Reparationszahlungen zu bitten. Die Industrie erklärte sich bereit, dem Wunsche des Kanzlers zu entsprechen, stellte aber ihre Bedingungen, die zur Gesundung der deutschen Wirtschaft und zur Kreditwürdigkeit im Ausland führen sollten. Diese Bedingungen waren nach dem Urteil fast aller nicht besonders geschickt gestellt und gaben zu Mißdeutungen besonders bezüglich der Entlastung der Eisenbahnen Veranlassung. Sicher ist aber, daß zur Erlangung von Krediten vor allen Dingen eine Sanierung des deutschen Eisenbahnwesens notwendig ist. Und wenn dies unter der bisherigen staatlichen Verwaltung nicht möglich ist, so muß selbstverständlich nach neuen Formen gesucht werden. Diese hochwichtige Frage bedarf natürlich der sachlichsten Prüfung und kann nicht durch Parteischlagworte gelöst werden.

Was taten aber die sozialistischen Gewerkschaftsbünde, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der IFA-Bund? Sie bezeichneten das Angebot der deutschen Industrie als eine „Provokation der gesamten werktätigen Bevölkerung“, wodurch „die breiten Schichten der Bevölkerung in eine wachsende und unerträgliche Abhängigkeit von den kapitalistischen Unternehmern gebracht werden sollen. Die Kreditaktion der Industrie, die man anfangs als eine nationale Tat angekündigt hat und die auch die Zustimmung der Gewerkschaften gefunden hätte, ist durch Beschlüsse des Reichsverbandes der deutschen Industrie als ein neues Machtinstrument des organisierten Unternehmertums entlarvt worden.“ So legten sie aus, so führten sie ihre Klänge. Was sollten sie aber als Gegenvorschläge auf?

Über die Gegenvorschläge der Gewerkschaften ließ sich der frühere preussische Finanzminister Dr. Südekum im „Firn“ (Nr. 4 vom 16. 11. 21) folgendermaßen aus: Die Vorschläge, welche die sozialistischen Gewerkschaften durch ihre Vertreter im Reichswirtschaftsrat gemacht hätten, wären einander widersprechend. Ein Antrag Bissell, der den vorläufigen Wirtschaftsrat im September d. J. vorgelegen hat, fordert sehr vorsichtig den Entwurf eines Gesetzes, „durch welches die Substanz der Goldwerte ohne Erschütterung der deutschen Produktion der Erfüllung der Reparationspflichten dienstbar gemacht werde.“ — Im November beschäftigte sich der vorläufige Reichswirtschaftsrat wiederum mit dem ganzen Umfang der Fragen und nahm eine Erklärung der Arbeitnehmervertreter entgegen, in deren Namen Larnow forderte: „Die Besteuerung der Sachwerte der Industrie, Landwirtschaft und städtischem Grundbesitz, Gewerbe, Handel und Banken soweit, daß der Fehlbetrag des Staatshaushalts gedeckt und die Notenpresse stillgelegt werden kann.“ Südekum bemerkt hierzu, daß die Schlußvorschrift des Antrags Bissells, die ausdrücklich die Fundamente der deutschen Industrie und demgemäß natürlich auch der anderen Zweige der Volkswirtschaft unangefastet lassen wollte, der gerade entgegengesetzten positiven Forderung einer Besteuerung

bis zur Deckung des ganzen Fehlbetrages des Reichsetats Platz gemacht habe. Schließlich habe der „Vorwärts“ die Erfassung der Sachwerte durch die Reichsbeteiligung an dem Produktionsertrag wie durch Sozialisierung der Bodenschätze und außerdem „eine 25prozentige Beteiligung des Reiches an allen Aktiengesellschaften empfohlen. Man wird nicht behaupten wollen, daß diese Zusammenstellung ein klares Bild dessen böte, was denn nun eigentlich gefordert wird.“

Die Schriftleitung des „Firn“ nahm (im Heft 5) gleichfalls dazu Stellung mit der bezeichnenden Überschrift: „Politische Alchimie“, wodurch allein schon die Vorschläge der sozialistischen Gewerkschaften genügend gekennzeichnet waren. Der „Firn“ prägt gegenüber der politischen Alchimie des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes folgende harte Sätze: „Daß nur ein Weg zur wirtschaftlichen Betriebsführung sichtbar ist: die Angleichung des Bahnbetriebes an kapitalistisch geleitete, reißerische, also sich mindestens selbst ernährende Betriebe... die präzise formulierte Forderung der Beschlagnahme eines Viertels aller Aktienwerte sowie die Wegsteuerung des gleichen Wertteils von kleineren gewerblichen und von den landwirtschaftlichen Unternehmungen erheischt ein näheres Eingehen. Wir können uns des Gefühls nicht erwehren, daß selbst die Urheber dieser Entschlüsse ihrem Schicksal im stillen danken, das sie davor bewahrt, den Gesetzentwurf auszuarbeiten, der den technischen Weg zeigt, auf dem diese Überführung vor sich gehen soll... Der Gedanke einer Sozialisierung, einer Verstaatlichung der Wirtschaft prozentualiter widerstreitet jedem logischen und systematischen volkswirtschaftlichen Denken, ist die Umkehr des wissenschaftlichen Sozialismus zur Utopie... sollten wir keinerlei Lehren ziehen aus dem alle sozialistischen Instinkte abtumpfenden Schauspiel der Wiedergeburt des Kapitalismus und der rein kapitalistischen Wirtschaft im Reiche der Apostel Lenin und Trotski? Ihre völlige Undiskutierbarkeit zeigen diese Forderungen und gleichzeitig das Verlangen nach der Vollsozialisierung des Kohlenbergbaues... Solche lediglich auf Agitation gezielten Forderungen und „Vorschläge“ lassen vor den Augen der Massen eine fata morgana aufsteigen, die die gutgläubigen von den deutschen Wüstenwanderern mutlos in den Sand wirft, wenn sie, was das Schicksal aller solcher Erscheinungen ist, in den Lüften zerfließt.“

Weit verständiger haben von vornherein die christlichen Gewerkschaften sich zu den Vorschlägen der Industrie gestellt. Der zweite Vorsitzende der christlichen Gewerkschaften, Baltrusch, Mitglied des R. W. K. und der Sozialisierungskommission, schrieb schon im „Deutschen“ vom 23. 11. 21 folgendermaßen: „Die Sozialdemokratie und einige verschrobene bürgerliche Politiker schreien: „Heran an die Gold- oder Sachwerte!“ Was bedeutet das insbesondere bei dem gegenwärtigen Stand unserer Währung? Die Gold- oder Sachwerte sind unsere Betriebskapitalien und Produktionsmittel. Wenn wir an diese herangehen und sie der Entente für die Reparationsleistung zur Verfügung stellen, dann heißt das nichts anderes, als die Produktionsbasis Deutschlands zu schmälern, Millionen von Arbeitern das Brot zu nehmen und die Einfuhr ausländischer Lebensmittel bedeutend zu verkleinern, wenn nicht unmöglich zu machen. Werden diese Werte der Entente ausgeliefert, dann haben wir die Überfremdung der deutschen Produktionsstätten um 50 v. H. mit einem Schlage herbeigeführt.“

Der am 2. und 3. Dezember in Essen tagende Ausschuss des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften erklärte gleichfalls, daß das deutsche Eisenbahnwesen aus dem heutigen Zustand der Betriebsfehlbeträge tatsächlich, nicht bloß rechnungsmäßig, befreit wird. „Der Weg zu diesem Ziel führt über die Entbürokratisierung der Verwaltung... und einer möglichst weitgehenden Befreiung von politischen Einflüssen. Die Betriebsverwaltung erfordert anstatt des bürokratischen Systems kaufmännischen Geist und kaufmännische Einrichtungen, wie sie

in privatwirtschaftlichen Betriebsformen zu Hause sind.“

Anscheinend sind diese kalten Sturzbäder auch nicht ganz ohne Einfluß auf die sozialistischen Gewerkschaften geblieben, und man darf deswegen wohl die Hoffnung hegen, daß schließlich ein Übereinkommen zwischen den Vertretern der Industrie und der Arbeitnehmerschaft in bezug auf die Aufbringung der im Bereiche der Möglichkeit liegenden Mittel für die Reparationszahlungen gefunden wird.

Als notwendige Vorbedingung zu einer solchen Verständigung muß allerdings eine vernünftige Stellungnahme der Regierung zu den vorstehenden Problemen gefordert werden. Nicht etwa, daß der Kanzler der Erfüllung wieder denselben Standpunkt einnimmt wie damals, daß er sich im Falle einer Entscheidung zwischen Bürgerschaft und Proletariat auf die Seite des letzteren stellen würde. Emil Kloth.

Staatsbetrieb oder Streikbetrieb?

Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter.

Seit einigen Wochen weht im Reichsverkehrsministerium offenbar ein etwas anderer Wind als bisher. Herr Groener hat uns als Leiter des deutschen Verkehrswesens ein gewisses organisatorisches Geschick gezeigt, das dem Bahnbetrieb wieder etwas von seiner früheren Zuverlässigkeit zurückgewonnen hat. Als Hüter staatlicher Autorität hat er uns aber nicht gerade durch seine Haltung verwöhnt. Oft genug hat er bei grundsätzlichen Fragen der Betriebsordnung die feste Hand vermissen lassen. In den letzten Tagen haben wir ihm von einer anderen Seite kennen gelernt, wie man nur mit großer Genugtuung feststellen kann. Herr Groener hat die Forderungen der Organisationen, die mit den üblich gewordenen Drohungen an ihn herantraten, vor Weihnachten ohne weiteres zurückgewiesen und er hat bis heute diese seine feste Haltung bewahrt. Die sogenannten Spitzenorganisationen haben sich von dem Verkehrsminister von der unbedingten Notwendigkeit vorläufiger Zurückhaltung überzeugen lassen. Dagegen wurden damals schon aus einzelnen Direktionsbezirken Drohungen vernommen, die deutlich zeigten, daß die Unterorganisationen nicht überall der Gesamtparole folgten. Herr Groener hat sich auch dadurch nicht einschüchtern lassen, und als die Drohungen zur Tat wurden, als aus Elberfeld, Düsseldorf und Essen ein Ultimatum kam, da blieb die Antwort dieselbe: Nein. Es versteht sich von selbst, daß der Reichsverkehrsminister eine solche scharf ablehnende Haltung nicht nur für seine Person einnehmen konnte, sondern daß er eine feste Rückendeckung im Kabinett haben mußte. Der stellvertretende Reichsfinanzminister, Herr Hermes, stand von vornherein auf seiner Seite, da ihm die Forderungen der Eisenbahner im Falle ihrer Erfüllung die unmögliche Aufgabe aufgebürdet hätten, eine Unmenge neuer Papiermilliarden flüssig zu machen. Aber auch das gesamte Kabinett ist mit dem Reichsverkehrsminister völlig einer Meinung. Die Ablehnung des Eisenbahner-Ultimatums — an sich eine Selbstverständlichkeit — ist am vorigen Mittwoch Abend im Reichskabinett einstimmig beschlossen worden und es mag als bezeichnendes Symptom gelten, daß in dieser Kabinettsitzung Herr Bauer, der sozialdemokratische Reichsschatzminister in Stellvertretung den Vorsitz führte.

Die ungewohnte Energie, die das Kabinett Dr. Wirth in dieser Angelegenheit zeigte, ist ihm nicht etwa von ungefähr zugeflogen. Sie beruht vielmehr auf der ganz richtigen Erkenntnis, daß die Reichsregierung diesmal in mehr als einer Beziehung um Kopf und Kragen spielte. So sehr die Ergebnisse des wiederholten Rathenausches Aufenthaltes in London auch auf der Minusseite zu buchen sind — eins ist der Regierung ganz sicher durch die Vermittelung des ehemaligen Wiederaufbauministers klar geworden: Daß sie vor den kritischen Augen der Entente nur dann vielleicht einen Schimmer von Gnade findet, wenn sie sich im eigenen Haushalte als sparsamer und ordnungsliebender Verwalter zeigt. Zum mindesten verlangt man auf der Gegenseite, daß Herr Dr. Wirth von dem guten Willen Zeugnis ab-

legt, mit der bisherigen Verschleuderungswirtschaft im Innern ein Ende zu machen. So wenig das Kabinett Dr. Wirth aus eigenem Willensantrieb fähig wäre, dem Druck der Gewerkschaften Widerstand zu leisten, so viel Verständnis hat es andererseits, für zarte Winke, die von der Entente kommen. Und deshalb wußte man im gesamten Reichskabinett ganz genau, daß die Regierung diesmal in dieser Frage das erste und das letzte Wort haben mußte, wenn sie nicht ihre letzte Möglichkeit einbüßen will, sich nach ihrer Bankrotterklärung wieder einigermaßen zu rehabilitieren. Daher die Festigkeit des Herrn Groener und daher auch der einstimmige Beschluß des Kabinetts. Noch eine andere Überlegung verließ dem Kabinett in dieser Frage eine ganz ungewöhnliche Rückgratfestigkeit. In einem Augenblick, in dem die Streitfrage der Entstaatlichung der Bahnen aufgeworfen ist, würde die Regierung ihren besten Trumpf verpielen, wenn sie die Staatsautorität gegenüber den streiklustigen Eisenbahnern nicht zu wahren wüßte. Die Regierung kämpfte diesmal um mehr, als um die 30 bis 40 Milliarden, die die Forderung der Eisenbahner sie kosten soll. Sie kämpfte um den Bestand der Reichseisenbahn als solcher. Und auch aus diesem Grunde lagte sie eine Festigkeit an den Tag, die man unter allen Umständen loben muß, auch wenn die Beweggründe nicht in dem eigenen Willen der Regierung liegen.

Der Schlüssel der ganzen Situation liegt in der Haltung der Regierung. Die Gesamtorganisationen der Eisenbahner standen dem Streik noch fern, besonders ausgesprochen vielschichtig die Gewerkschaft des Eisenbahnverbandes, deren Mitglieder in den westlichen Direktionsbezirken den Streik entfesselt haben. Diese Gesamtorganisationen haben zweifellos auch genügend Einblick in die Lage bekommen, um sich über die diesmal bestehenden Möglichkeiten keinen Illusionen hinzugeben. Sie zeigen demnach keine besondere Streikneigung. Die Reichsgewerkschaft der Eisenbahnarbeiter und Beamten, die im großen und ganzen die Betriebsbeamtenschaft umfaßt, wollte mit dem Streik nichts zu tun haben. Die Arbeitseinstellung beschränkte sich deshalb in der Hauptsache auf die Eisenbahnwerkstätten, die Lokomotivschuppen usw. Die Streikenden befanden sich also auch in ihrem örtlichen Bezirk in einer Minderheit. Denn die maßvollen Eisenbahnarbeiter und Beamten wußten, daß die Regierung entschlossen ist, ihrer Notlage Rechnung zu tragen und daß sie, wie sich das gehört, im Januar die Initiative zu einer neuen Regelung der Gehalts- und Lohnverhältnisse ergreifen wird.

Die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1920.

Wie alljährlich, so hat auch über das Jahr 1920 der sozialistische Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund eine Statistik über Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1920 herausgegeben. Wir wollen nachstehend die wichtigsten Zahlen und Bemerkungen daraus wiedergeben. Die Verbände der Buchdrucker und Landarbeiter haben sich an dieser Statistik nicht beteiligt, weil sie die notwendigen Angaben nicht rechtzeitig zu machen vermochten. Von den 38 an der Statistik beteiligten Verbänden wurden 1920 zusammen 33 547 Bewegungen ohne und mit Arbeitseinstellung geführt, die sich auf 54 808 Orte und 642 567 Betriebe erstreckten und an denen 13 043 928 Personen, darunter 2 612 779 weibliche, beteiligt waren. Die Statistik des Jahres 1919 weist dagegen nur 26 433 Bewegungen mit 7 435 709 Beteiligten auf. Hierzu ist aber zu bemerken, daß bezug auf Orte, Betriebe und beteiligte Personen sehr viele Doppelzählungen vorliegen, weil jede Lohnbewegung für sich gezählt wird und im Laufe des Jahres ein und dieselben Personen an verschiedenen Lohnbewegungen beteiligt waren. Von den gesamten 33 547 Bewegungen wurden 33 001, gleich 85,6 Prozent, friedlich durch Vergleichsverhandlungen erledigt, an

denen 12 103 847, gleich 92,8 Prozent der Gesamtzahl, beteiligt waren. Von diesen Bewegungen waren 32 754 Angriffsbewegungen und nur in 247 Fällen mit 50 305 Beteiligten handelte es sich um Abwehr verschlechterter Arbeitsbedingungen. Wie man sieht, sind die deutschen Unternehmer nicht jene verrufenen Arbeiterfeinde, die jede Gelegenheit ergreifen, um den Arbeitern verschlechterte Arbeitsbedingungen aufzuerlegen. Fast ausschließlich waren die Gewerkschaften die Angreifenden.

Zur Arbeitseinstellung kam es in 5546 Fällen, davon wurden betroffen 813 477 männliche, 126 604 weibliche, zusammen 940 081 Personen. Die Durchführung der gesamten Bewegungen verursachte den beteiligten Gewerkschaften eine Gesamtausgabe von 98 032 946 Mark. Für 780 200 Streikende und Ausgesperrte konnte der Verlust an Arbeitszeit und der Ausfall an Verdienst festgestellt werden, und zwar betrug der Verlust an Arbeitszeit 12 716 093 Tage und der Verdienstaussfall 270 061 928 Mark.

Die Erfolge der Bewegungen werden wie folgt angegeben: Es wurde erreicht für 131 787 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von zusammen 765 307 Stunden und Lohnerhöhungen für 11 357 313 Personen im Gesamtbetrage von 608 159 858 Mark pro Woche. Der auf jede Person entfallende Durchschnittsanteil an Lohnerhöhung betrug je Woche 53,55 Mark, doch muß hierbei berücksichtigt werden, daß unter Berücksichtigung der Doppelzahlungen der Anteil weit höher ist. Man braucht sich nur zu vergegenwärtigen, daß der sozialistische Gewerkschaftsbund nur rund 8 Millionen Mitglieder zählt, während über 13 Millionen Personen an den Lohnbewegungen beteiligt waren. Es wäre natürlich sehr lehrreich, zu wissen, wieviel an Lohnerhöhung auf den Einzelnen entfallen ist, aber soweit hat es die gewerkschaftliche Statistik noch nicht gebracht.

Der sozialistische Gewerkschaftsbund hat es selbst vor einiger Zeit in einem öffentlichen Aufruf ausgesprochen, daß der Wettlauf um die Lohnerhöhungen eigentlich nur ein ungesunder Kreislauf sei, weil die Lohnerhöhungen naturgemäß Preiserhöhungen nach sich zögen, ja, daß die Preiserhöhungen längere Beine hätten, als die Lohnerhöhungen. Das wird auch in dem begleitenden Text zu der Statistik unumwunden zugegeben. Es heißt darin:

„Dringt man jedoch in die Zahlen tiefer ein, sieht man insbesondere einen Vergleich zwischen den gestiegenen Kosten der Lebenshaltung und den erreichten Lohnsteigerungen im einzelnen so kommt man zu dem Schluß, daß trotz der immerhin gewaltigen Erfolge an erreichten Lohnerhöhungen diese nicht die gestiegenen Kosten der Lebenshaltung auszugleichen vermochten.“

Das ist richtig gesehen, aber gerade die sozialistischen Arbeiter sind zum guten Teil an diesem Ergebnis schuld, weil sie ihre Hauptkampfkraft gegen die deutsche Volkswirtschaft richten, anstatt sie gegen den Friedensvertrag von Versailles in Anwendung zu bringen. Denn solange dieser Vertrag besteht, solange er mit all seinen Begleitererscheinungen das beste Mark aus der deutschen Volkswirtschaft herausaugt und die deutschen Arbeiter zu Lohnslaven des feindlichen Imperialismus macht, solange wird die Nahrungs- und Bedarfsmitteldecke zu kurz und zu schmal sein, um dem deutschen Volke eine menschenwürdige Lebenshaltung darzubieten. Das ist die Hauptlehre, welche aus der Lohnbewegungsstatistik der sozialistischen Gewerkschaften gezogen werden muß. Zum Schluß sei noch bemerkt, daß die Lohnbewegungsstatistik über das Jahr 1920 überhaupt die letzte ist, welche von den Gewerkschaften selbst aufgenommen wird, da sie zukünftig vom Reichs-

arbeitsministerium amtlich bearbeitet werden soll.

Emil Kloth.

Für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene.

Das Gesetz über das Verfahren in Versorgungssachen für die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen wurde im 19. Ausschuß und soeben auch im Plenum des Reichstages verabschiedet. War schon bei der Beratung des Reichs-Versorgungsgesetzes vom 12. Mai 1920 der Andrang der Organisationen der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen ein starker, so darf bemerkt werden, daß auch bei der Beratung dieses Gesetzes die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen ihre Wünsche in großer Zahl zum Ausdruck brachten. Sehr auffällig war, daß die Vertreter der Mehrheitssozialisten im Ausschuß trotz der teilweise überaus radikalen Agitationsweise des sozialistischen Reichsbundes der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen sich den Wünschen dieser Kriegsoffer bei der Beratung des Gesetzes wenig anpaßten. Auf Antrag der Abg. Thiel, Streiter und Genossen wurde im § 10 des Gesetzes eine Vereinfachung der Spruchkammern vorgenommen. Nach den Beschlüssen des Reichstages besteht jede Kammer jetzt aus dem Vorsitzenden sowie einer in der sozialen Fürsorge erfahrenen, mit dem Versorgungsweisen vertrauten Person und einem aus der Wehrmacht ausgeschiedenen Versorgungsberechtigten als Beisitzer. Die Vertreter der Deutschen Volkspartei traten besonders dafür ein und erreichten, daß zu den Verhandlungen über Hinterbliebenenangelegenheiten an Stelle des aus der Wehrmacht ausgeschiedenen Versorgungsberechtigten eine versorgungsberechtigte Hinterbliebene treten soll. Eine lebhafte Debatte entspann sich über den durch die Abg. Thiel und Streiter eingehend begründeten Antrag der Deutschen Volkspartei, der die richterliche Unabhängigkeit der Mitglieder des Reichsversorgungsgerichtes anerkannt wissen wollte. Diese richterliche Unabhängigkeit sollte durch einen neuen § 24 a in das Gesetz aufgenommen werden, der wie folgt lautet sollte:

Auf die Mitglieder des Reichsversorgungsgerichtes finden die allgemeinen Vorschriften über Dienstvergehen der Reichsbeamten nur insoweit Anwendung, als nicht nachstehend etwas anderes vorgeschrieben ist. Sie dürfen unbeschadet der Vorschriften des § 25 wider ihren Willen nur wegen eines Dienstvergehens und nur durch eine in einem förmlichen Disziplinarverfahren ergangene Entscheidung aus ihrem Amt entfernt werden. Die Entfernung aus dem Amt darf nur in Dienstentlassung bestehen. Disziplinarstrafen jeder Art dürfen nur in einem förmlichen Disziplinarverfahren durch die entscheidende Disziplinarbehörde auf Grund der §§ 84—118 des Reichsbeamtengesetzes verhängt werden. Bei der Entscheidung dürfen nur richterliche Mitglieder der Disziplinarbehörde mitwirken.

Die Abg. Thiel und Streiter gingen in ihrer Begründung besonders davon aus, daß die Mitglieder des Reichsversorgungsgerichtes, wenn der § 24 a nicht aufgenommen würde, wie sie den Mitgliedern der ordentlichen Gerichte, des Reichsfinanzhofs, des Reichswirtschaftsgerichts, des Bundesamts für das Heimatwesen, den landesrechtlich eingerichteten obersten Verwaltungsgerichtshöfen zuteil wird. Der § 24 a wurde daraufhin im Ausschuß in erster Lesung mit 9 gegen 7 Stimmen angenommen. Dafür stimmten insbesondere neben dem deutschnationalen Abg. Dr. Düringer auch Demokraten und Zentrum. Der Vertreter des Zentrums setzte sich mit besonderer Schärfe für die Aufnahme des § 24 a ein, erklärte aber bei der zweiten Lesung, daß seine Fraktion gegen eine erhebliche Minderheit wieder die Streichung des § 24 a beschlossen habe. Mit den Stimmen des Zentrums wurde dann auch die Streichung des § 24 a tatsächlich vorgenommen. Leider konnte in der zweiten Lesung des Gesetzentwurfs im Ausschuß ein den

Interessen der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen sehr weit entgegenkommender Antrag der Vertreter der Deutschen Volkspartei nicht aufrecht erhalten werden. Dieser Antrag ging dahin, den Mundanwälden der Versorgungsberechtigten für die Wahrnehmung der Interessen der Berufungskläger aus Reichsmitteln eine Vertretungsspannchale zu gewähren, wie sie den Zeugen und Sachverständigen nach den §§ 82 und 85 des Entwurfs auch gewährt wird. Durch die Annahme des § 75 in dieser Fassung würden für die Arbeiterversicherungsgerichte in erhebliche finanzielle Folgen entstehen. Mit Rücksicht auf diese Konsequenzen wurde die Streichung des Zusatzes zu § 75 beschlossen. Die von den Vertretern der Deutschen Volkspartei beantragten Verbesserungen sind im ganzen genommen so erheblich, daß das Gesetz über das Verfahren in Versorgungssachen nunmehr im weitesten Umfange den Wünschen unserer Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen gerecht wird.

Die bittere Lage der Rentenempfänger.

Von Otto Adams, M. d. R.

Es ist nun gerade zur Genüge über die Not der Rentenempfänger in allen Kreisen geklagt worden. Es dürfte auch wohl allen Behörden und Instanzen die unbeschreibbaren Verhältnisse in den Familien der Vorgenannten bekannt sein. Trotzdem läßt die Durchführung der gesetzlichen Maßnahmen noch lange auf sich warten. Noch ist die Veröffentlichung des Notstandsgesetzes über Renten aus der Invaliden- und Angestelltenversicherung im Reichsgesetzblatt nicht erschienen, geschweige denn die Ausführungsbestimmungen. Nach Mitteilung des Regierungsvertreters im 6. sozialen Ausschuß des Reichstages sollen die Ausführungsbestimmungen „schon“ am 22. Dezember vom Reichsrat verabschiedet werden. Bei aller Anerkennung der Überlastung der Reichsbehörden muß hier aber gesagt werden, daß die Rentenempfänger nicht bis in den Monat Januar 1922 hinein vertröstet werden können. Die Teuerung hat diese Kreise am meisten betroffen, und hier muß schnell, ja sofort geholfen werden, wenn die Verzweiflung nicht bis zum äußersten getrieben werden soll. Durch die Presse geht die Nachricht, daß im letzten Monat über 50 Selbstmorde von Rentenempfängern wegen Nahrungsmittelforgen vorgekommen sind. Wenn sich diese Zahlen nicht vergrößern sollen, dann muß diesen Armen sofort geholfen werden.

Der Regierungsvertreter erklärte ferner, daß das Reichsarbeitsministerium im Benehmen mit dem Reichsfinanzministerium den Ländern die entsprechenden Vorschüsse zur Auszahlung der Beträge an die Rentenempfänger mit Rückwirkung vom 1. 10. 1921 alsbald zur Verfügung stellen würde. Das muß so schnell wie möglich geschehen. Ferner sollte der Reichsarbeitsminister unverzüglich anordnen, daß für die Zeit vom 1. 10. 1921 bis 31. 12. 1921 den bedürftigen Rentenempfängern Vorschüsse durch die Gemeinden zu zahlen sind. Es kann unter keinen Umständen solange gewartet werden, bis die Ausführungsbestimmungen durch den Reichsrat genehmigt und dann erst alle Anträge geprüft sind. Die aufs höchste gestiegene Notlage der Rentenempfänger erfordert gebieterisch Maßnahmen, und da wird man in diesem Falle ohne Vorschusszahlung nicht helfend eingreifen können. Die Teuerung ist groß, die meisten Rentenempfänger sind vollständig mittellos. Die Arbeiter haben ihren Lohn, die Beamten ihre Gehaltszulagen erhalten, da Sorge man auch, daß die armen Rentenempfänger ihre Zulage in Form eines Vorschusses erhalten. Hier gilt auch das Sprichwort: Wer schnell gibt, gibt doppelt. Herr Reichsarbeitsminister, der Dank von Hunderttausenden von Rentenempfängern mit ihren Familien ist Ihnen gewiß, und Sie würden diesen Armen eine große Freude bereiten, wenn Sie eine Vorschusszahlung unverzüglich anordnen würden. Sollte ein solcher Weg nicht gefunden werden können?

Aber auch die Gemeinden sollten, unabhängig von den Maßnahmen der Reichsbehörden, einmal ernstlich prüfen, auf welche Weise den Rentenerpängern in ihrer größten Not geholfen werden kann. Den Rentenerpängern selbst aber empfehle ich, unverzüglich ihre Anträge bei den Gemeindebehörden zu stellen, damit diese in die Prüfung derselben eintreten können. Wenn es alle beteiligten Kreise am guten Willen nicht fehlen lassen (und das hoffe ich), wird auch den Rentenerpängern ihre wohlverdiente Unterstützung beschert werden.

Es muß unter allen Umständen etwas geschehen!

Mangel an Würde.

Man hört vielfach, auch in den Kreisen der Parlamentarier selbst, bewegliche Klagen über den Niedergang des Parlamentarismus. Entweder sind die Bänke der Reichstagsabgeordneten so spärlich besetzt, daß es auffällt, wenn hier und da eine leere Reihe durch ein männliches oder weibliches Individuum unterbrochen wird, oder es gibt Lärm- und Ständalzenen, die weder den Teilnehmern, noch dem Parlament selbst zur Ehre gereichen. Aber auch wenn wirklich gearbeitet wird, ist der Reichstag fast nie imstande, das in einer Weise zu tun, die auch nur den bescheidensten Ansprüchen an Würde gerecht wird. Es kommt noch ein anderes Moment hinzu. Erst werden Wochen und Monate durch endlose Reden verbracht, die nur für die Galerie oder zum Fenster hinaus gehalten werden, und dann besinnt man sich plötzlich, daß man doch schließlich dazu da ist, auch einmal für die Öffentlichkeit etwas zu tun. Es soll keineswegs verkannt werden, daß in den Ausschüssen des Reichstags nützliche und sachliche Arbeit geleistet wird, wie unbestreitbar der Schwerpunkt der parlamentarischen Arbeit überhaupt immer mehr in die Ausschüsse verlegt wird. Das hat seine Vorteile, aber auch Nachteile. Gerade in den Ausschüssen wird heutzutage mehr als je Parteitaktik getrieben, dort blüht auch der Ruhhandel am meisten. Von wirklichen parlamentarischen Kämpfen, wo die Sachkenntnis, Schlagfertigkeit und Entschlußkraft eines Parteiführers zur Geltung kommen könnte, erfährt man heute nichts mehr. Nur so erklärt es sich, wie es möglich ist, daß der Reichstag seinem Wählern unwürdige Vorstellungen gleich denen vom 17. Dezember bieten kann.

Am 13. Dezember erst war der Reichstag nach langer Pause zusammengetreten. Eigentlich sollten die wichtigsten Steuervorlagen in zweiter Lesung beraten und wenigstens zum Teil noch vor Weihnachten unter Dach und Fach gebracht werden. — So wenigstens lautete das ursprüngliche Programm der Regierung. Aber mit den hochfliegenden Plänen des Reichstanzlers Dr. Birtz hat es eine eigene Bewandnis. Auch in diesem Fall schlugen sie völlig fehl. Die Steuerauschnitte quälten sich immer noch mit den wichtigsten Dingen ab und kommen nicht vorwärts. Der Reichstag verträdelte volle vier Tage mit Debatten über nichtige Dinge, besann sich aber ganz plötzlich darauf, daß doch eine ganze Reihe von Vorlagen spruchreif seien und der Entscheidung harren. Nun schien es einen Augenblick, als ob infolge der Wendung, die die auswärtige Politik genommen hat, ein Zusammenbleiben des Reichstags bis gegen Ende der Woche erforderlich sein könnte, aber bei nüchterner Überlegung kam die Regierung wieder zu der Auffassung, daß die deutsche Volksvertretung ihr bei der Durchführung ihrer Politik höchstens unbehindert werden könnte, und so wurde den Reichsboten nahegelegt, daß sie sich ruhig auf den Heimweg machen könnten, wenn sie noch eine Anzahl Geschäfte brav und artig erledigten. Derartiges lassen sich die wackeren Volksvertreter nicht zweimal sagen, und da jeder Augenblick kost-

bar ist, wenn es heißt, Ferien zu machen, dabei aber nicht nur die vollen Bezüge für den ganzen Monat einzusteuern, sondern überdies noch, von der Öffentlichkeit möglichst unbemerkt, die Tagesgelder zu verdoppeln, so wurde beschlossen, eine der mit Recht so beliebten Dauersitzungen abzuhalten. Seit Sommerschluß hat der Reichstag eigentlich immer nur ein paar Tage gesehnen. Wäre es wirklich zu viel verlangt gewesen, wenn er ein wenig auf Würde gehalten und auch noch den Montag oder vielleicht gar den Dienstag daran gegeben hätte, anstatt rund 30 Punkte der Tagesordnung von 12 Uhr mittags bis Mitternacht durchzupeitschen, unmittelbar nach 12 Uhr als am 18. Dezember formal eine neue Sitzung zu beginnen und dann binnen zwei Stunden in dritter Lesung ungemein wichtige Vorlagen anzunehmen? Es stimmt ganz in den Rahmen dessen, was man überhaupt im Reichstag während der letzten Jahre erlebt hat, wenn berichtet wird, daß von den späten Abendstunden an, je weiter die Zeit fortschritt, die feuchtschläfrige Zustimmung des Hohen Hauses sich hob. Und in solcher Stimmung werden Vorlagen erledigt, wie die der Erhöhung der Postgebühren, die dem deutschen Volk gewaltige neue Lasten aufbürden! Kann man sich noch wundern, wenn aus Gleichgültigkeit und Nichtachtung der Volksvertretung allmählich Verachtung wird und sich immer mehr das Verlangen nach einer ständischen Gliederung regt? Unbewußt noch, aber deutlich spürbar treten immer mehr Strömungen hervor, die eines Tages ganz überraschend dem Reichstag selbst gefährlich werden können. Nebenbei sei auch bemerkt, daß im deutschen Volk sich immer mehr das Gefühl herausbildet, ein solcher, seinen Aufgaben und seiner Würde nicht gewachsener Reichstag sei auch nicht imstande, auf Grund des parlamentarischen Systems eine Regierung zu bilden, die besser und zuverlässiger ist als der Reichstag selbst. Alle diese, für die Volksvertretung nicht gerade schmeichelhaften Beobachtungen drängen sich unwillkürlich einem jeden auf, der die Dinge aus eigener Anschauung kennt, Augen und Ohren offen hält und sich selbst ein besseres Gefühl für Würde bewahrt hat, als der — Deutsche Reichstag.

Stinnes und seine Wege.

Von Wilhelm Georg Bremerhaven.

Es ist bezeichnend für die Interessenlosigkeit des Durchschnittsdeutschen in wirtschaftspolitischen Dingen, daß man bis zum Weltkrieg so wenig von Stinnes gewußt hat. Und es ist bei dieser Passivität des deutschen Staatsbürgers schließlich nicht verwunderlich, daß man auch heute noch in einer Zeit, in der der Name in aller Welt genannt wird, oft genug der Frage begegnet: Wer ist Stinnes? Freilich, wer am Rhein, an der Ruhr oder an der Wupper wohnt, der wird diese Frage nicht stellen. Der Mann auf der Straße dort weiß, wer Hugo Stinnes ist. Wenn über 50 Schlepp-Dampfschiffe und weit über 100 Schlepp-Kähne auf deutschen Strömen eines Mannes Namen tragen, dann ist der Träger dieses Namens bekannt. Ebenso wie in der Rhein-Reederei ist in dem reichen Geäder der deutschen Schwerindustrie oder der Elektrizitätswirtschaft — man denke nur an den riesenhaften Elektro-Montan-Konzern (Siemens-Rhein-Elbe-Schubert-Union) mit ungefähr 200 000 Arbeitern — das Wort „Stinnes“ die Dominante alles Wollens. Wer im Flugzeug in Mülheim aufsteigen, mit kundigem Führer einen Informationsflug rheinabwärts machen und eine Weile über dem Strom mit der Stinnes-Flotte schweben könnte, um dann den Duisburger Ruhrorter Hafen, der vor dem Kriege einen Güterverkehr von über 20 Millionen Tonnen jährlich zählte, zu schneiden und das westfälische Bergwerk- und Industrierevier, die beiden deutschen Industrieprovinzen mit ihren zahllosen Anlagen, Zechen, Überlandzentralen, Kraftwerken und Elektrizitätsanlagen zu überfliegen,

der würde einen gewaltigen Ausschnitt des Stinnes-Konzerns sehen. Ich sage einen „gewaltigen“ Ausschnitt. Doch das Wort ist schlecht gewählt. Denn das Gesehene stellt nur einen Bruchteil des Produktionsgebietes des Konzerns dar, dessen Ausläufer sich ebenso gut nach Hamburg wie nach Luxemburg, nach Süddeutschland, nach Österreich wie nach Ostpreußen erstrecken.

In einem kürzlich im Wieland-Verlag (München) erschienenen Buch „Stinnes“ wird der Stinnes-Konzern ein „Schulfall der deutschen Verfassung“ genannt. Gleichzeitig wird auf die föderative Verfassung dieser Verfassung hingewiesen, die der Art des deutschen Volkes entspreche und in scharfem Gegensatz zu den amerikanischen Trusts stehe, da in dem Lande der unbegrenzten Möglichkeiten der Trust zu der vollen Beherrschung eines ganzen Wirtschaftsgebietes führe. Aber die Verfassung kann man seine eigene Ansicht haben. Sie birgt, meines Erachtens, schon deshalb eine Gefahr für Deutschland in sich, weil sie die Selbstständigkeit der kleinen und Mittelbetriebe unmöglich macht und die Entwicklungskraft der breiten Schichten hemmt, auf die es in Deutschland mehr denn je ankommt, da sie das wertvollste Element des Wiederaufbaues darstellen. Am allerwenigsten ist — das sei hier eingeschaltet — die Verfassung mit den auf travoltester Einzelleistung beruhenden, unternehmungsfrischen Hanseatengeist vereinbar. Dabei braucht aber für einzelne Produktionsgruppen und Industriezweige die zweckmäßige Gestaltung der Wirtschaft, wie sie Hugo Stinnes durch die Zusammenfassung erstrebt, durchaus nicht verworfen zu werden. Sie unter den heutigen Verhältnissen mit dazu beiträgt, Deutschland lebensfähig zu erhalten. Wenn z. B. das Stinnes-Projekt der Erschließung der ungeheuren Bodenschätze Rußlands in Gemeinschaft mit einem englischen Konzern zur Tat wird, so kann diese Konzentration eine gewaltige Förderung darstellen. In einer anderen Form wäre der Plan kaum durchführbar.

Der Mann, der mit gigantischen Kräften die Wirtschaft belebt, heißt Hugo Stinnes. Er steht im Alter von 50 Jahren. Vor 113 Jahren begann ein Ruhrschiffer Stinnes, Matthias mit Vornamen und Sohn eines Schiffers in Mülheim, sein Geschäft. Er eröffnete auf der Ruhr mit einem Rachen einen Kohlenhandel, der sich allmählich auf dem Rhein bis nach Holland hin erstreckte. Aus der Familie dieses Mannes stammt der heute vielgenannte Hugo Stinnes. Ohne Orden und Titel, bescheiden in seiner Lebenshaltung, fast bedürfnislos, altmodisch gekleidet, ohne Taille Schnitt und ohne Bügelfalte, bleichen Angeichts, das die Spuren starker geistiger Arbeit zeigt, so geht er einher. Mit der achtsündigen Arbeitszeit kommt er nicht aus. In seinem Lager steht ein Tisch mit elektrischer Lampe und mit einem Notizblock, der für das Eintragen von Notizen bei nächtlichem Erwachen bestimmt ist. Die Eisenbahnfahrten sind für Hugo Stinnes ebenso festes der Arbeit wie die Zeit, die er am Schreibtisch vollbringt. Keiner wird ihm nachsagen können, daß er je ein Fürstendiener gewesen ist und keiner wird es wagen, ihn antiquambrieren zu lassen. Vor Jahren schrieb ein Berliner Finanzmann einem Staatssekretär (einem der wenigen, die wirklich eine Rolle spielen): „Ich komme, aber ich antiquambriere nicht, denn meine Zeit ist kostbar.“ Stinnes hat gar nicht nötig, erst hierauf aufmerksam zu machen. Man weiß, daß er mit der Uhr in der Hand von einer Sitzung zur andern fährt.

Es ist schon allerhand, wenn in Deutschland, wo man im Zerfleischungskampfe der Parteien nicht einmal vor Charakteren Respekt hat — wenn in diesem Deutschland ein sozialistischer Minister wie Severing den Mut findet, Schreier zu zuzurufen: „Ich halte Herrn Stinnes für einen der hervorragendsten Männer unseres Wirtschaftslebens, dem alle Parteien Achtung entgegenbringen müssen! Sein wirtschaftspolitisches Programm kann man zu einem guten Teil unterschreiben! Ich weiß, daß Herr Stinnes persönlich sehr bedürfnislos ist, und daß er die Gewinne, die er aus seinen Erwerbsgesellschaften erzielt, anlegt, um neue wirtschaftliche Unternehmungen aufzubauen, statt sie in Wein zu verprassen!“

Severing mußte zu diesem Urteil kommen, weil er früher selbst in Rheinland-Westfalen in jeder Stunde auf die Spuren dieses gewaltigsten unserer „Industrie-Kapitäne“ gestoßen ist.

Wenn man sich in Deutschland dazu aufschwingen könnte, Köpfe, die etwas leisten, mit jener Objektivität zu betrachten, wie es England und Amerika tun, dann würde der Wiederaufbau gefahrloser und hoffnungsreicher sein. Leider ist es bei uns noch nicht so weit.

Indien und Ägypten.

Wenn auch die irische Gefahr anscheinend für England beseitigt ist und dessen Staatsmänner wenigstens in dieser Hinsicht freier atmen können, blickt sich in Ägypten und Indien eine neue schwarze Wolke drohend am Horizont des britischen Weltreichs zusammen. Es zeigt sich von neuem, daß die sonst so ungemein kluge und weitausschauende Politik Englands in der Behandlung des Islams einen schweren Rechenfehler begangen hat, der noch auf lange hinaus nicht wieder gut zu machen sein wird, sondern im Gegenteil ernste Gefahren im Gefolge haben dürfte. Als die Türkei sich im Weltkriege Deutschland und Österreich angeschlossen, glaubten unsere Feinde und besonders die Engländer, die Stunde sei gekommen, in der dem sterbenden Mann am Bosphorus der Gnadenstoß versetzt werden könnte. England besonders rechnete damit, das islamistische Kalifat, das dem türkischen Sultan besonderen Rückhalt gab, beseitigen, den Islam selbst in eine Reihe von Teilgebieten auflösen und damit um so leichter beherrschen zu können. Deshalb wurde mit echt englischer Rücksichtslosigkeit, aber ebenso großer Fähigkeit der Kampf gegen die Türken in Palästina und in Kleinasien aufgenommen, deshalb suchten sich die Engländer der Herrschaft über Mekka und Medina zu versichern und deswegen wurden auch englische Mohammedaner im Kampf gegen die Bundesgenossen der Türkei verwandt. Aus demselben Grunde wurde auch der bisherige Khedive von Ägypten abgesetzt und an seine Stelle ein Scheichsultan gebracht, der ein williges Werkzeug in den Händen Englands ist. Aus demselben Grunde ermunterten auch die Engländer die Griechen zu ihrem Kampf gegen die türkische Herrschaft in Anatolien, wobei sie hofften, nunmehr endgültig den letzten Rest türkischer Selbständigkeit vernichten zu können. Ihr Fehler lag aber darin, daß sie die Lebensfähigkeit der Türken und den inneren Zusammenhalt des Islams arg unterschätzt hatten.

Den Griechen ging es schlecht, zumal die Franzosen die günstige Gelegenheit benutzten und die Türken ebenso unterstützten, wie es die Engländer mit den Griechen machten. Es spielte sich also da in Kleinasien gewissermaßen ein verkürzter Krieg zwischen England und Frankreich ab, der nach außen hin von Griechen und Türken geführt wurde. Die französische Politik gipfelte in dem Abschluß des Vertrages von Angora, der eine einseitige Abänderung des allgemeinen Friedensvertrages mit der Türkei ist und der Zustimmung Englands bedarf, das wiederum seit fast einem halben Jahr damit zurückhält. Inzwischen sind die Nationaltürken unter der Leitung ihres geschickten und tatkräftigen Führers Kemal Pascha nicht müßig gewesen, sondern sie haben durch eifrige Verhandlungen nach allen Seiten hin, unter anderm auch mit bolschewistischer Unterstützung, im ganzen Islam ein neues Gefühl der Zusammengehörigkeit hervorgerufen. So hat sich England auch genötigt gesehen, mit dem Emir von Afghanistan einen Friedensvertrag abzuschließen, durch den von neuem den ungemein wichtigen, unmittelbar vor den Toren Indiens gelegenen Lande die volle Unabhängigkeit ausdrücklich gewährleistet wird. Auch dadurch hat der Islam eine erhebliche moralische Kräftigung erfahren.

Inzwischen hat die nationalistische Bewegung in Indien wie in Ägypten gewaltige Fortschritte gemacht. Während sie in Indien sehr starke religiöse Hindernisse zu überwinden hatte, beruht sie in dem ganz mohammedanischen Ägypten vollständig auf religiöser Grundlage. Eins der wirksamsten Herrschaftsmittel der Engländer in Indien bestand seit jeher darin, daß sie die bittere Feindschaft und den Kastengeist der Hindus, der Brahmanen, der Buddhisten und der Mohammedaner untereinander ausnützen, um stets einen Teil gegen den andern auszuspielen zu können. So haben es die Engländer verstanden, mit einer verblüffend geringen Streitmacht das gewaltige Reich mit seiner dichten Bevölkerungsmasse zu beherrschen. Nun aber ist auch westliche Zivilisation in die indischen Massen eingedrungen und mit westlichen Gedankengängen hat auch der Nationalismus in den Oberschichten der indischen Bevölkerung festen Fuß gefaßt. Gerade jetzt, während der britische Thronerbe mit großem Gepränge das Land durchreist, lodert der versteckte und offene Widerstand gegen die englische Herrschaft an den verschiedensten Stellen, vielfach in heller Flamme, empor und zwingt die Engländer zu sehr scharfen Abwehrmaßnahmen. Gleichzeitig hat die nationalistische Bewegung in Ägypten zu Aufständen geführt, die ebenfalls zu scharfem Vorgehen der Engländer Anlaß gegeben haben. Dort ist die Bewegung einheitlicher, weil sie der Masse der Bevölkerung einfach als Kampf der Mohammedaner gegen die christlichen Unterdrücker geschildert werden kann. Aber auch dort liegt der Urgrund in dem Vordringen westlicher Ideen, die von jungen Ägyptern aus England, Frankreich und Amerika mitgebracht worden sind, wie es in Indien der Fall ist. In beiden Ländern hat die nationalistische Bewegung gleichzeitig einen Höhepunkt erreicht, der den Schluß nahelegt, daß eine enge Verbindung zwischen den treibenden Kräften vorhanden sein muß. Überall, wo sich Widerspruch regt, greifen die Engländer zum Verbot von Zeitungen und Versammlungen, zur Verhaftung von Führern und ähnlichen Maßnahmen. Panzerwagen und Fluggeschwader mit Handgranaten, Bomben und Maschinengewehren räumen fürchterlich unter den schlecht bewaffneten Gegnern der Engländer auf.

Daß unter solchen Umständen die Engländer verhältnismäßig leicht aller Einzelaufstände mit Gewaltmitteln Herr werden, ist selbstverständlich. Die scharfe Unterdrückungspolitik aber trägt sicher nicht dazu bei, die Bande zu lockern, die die verschiedenen Teile des Islams wieder aneinander fesseln, denn gemeinsamer Haß ist ein zähes Bindemittel. Wenn man weiter bedenkt, daß im Osten Asiens die Japaner rege sind, deren Stellung gerade auf der Konferenz zu Washington von England und Amerika gemeinsam aufs schwerste bedroht wird, dann wird es klar, daß England der ferneren Entwicklung der Dinge in Ägypten und Indien mit großer Sorge entgegen sieht.

„Den Finger drauf“.

Der deutsche Arbeiter zum Kuli verurteilt.

Das Exekutiv-Komitee der kommunistischen Internationale veröffentlicht in der „Roten Fahne“ einen Aufruf an die Arbeiter und Arbeiterinnen aller Länder, in welchem es sich auch gegen die Ausplünderung Deutschlands wendet. Es heißt darin, daß die militärischen Rüstungen Frankreichs nicht weniger als 42 Prozent der übrigen Ausgaben im Staatshaushalt ausmachen und daß die französische Bourgeoisie entschlossen sei, das wachsende Defizit in ihrem Budget dadurch zu decken, daß sie mit dem Lajonett in der Hand Deutschland zwingt, es zu bezahlen. Das internationale Proletariat, in erster Linie die französische Arbeiterklasse, müsse verstehen, „daß die Alliierten nicht aus der deutschen Bourgeoisie,

sondern aus dem deutschen Proletariat die Tribute auspressen, daß sie den deutschen Proletariat zum Leben eines Kulis verurteilten“. Das Exekutiv-Komitee fordert das internationale Proletariat, in erster Linie aber die französischen Arbeiter auf: „Erhebt schon heute eure warnende Stimme gegen die Vorbereitungen zu dem Einmarsch ins Ruhrgebiet“.

Soweit gut und schön. Leider sehen aber die Kommunisten ihre eigenen Fehler nicht ein, denen es mit zu danken ist, daß man mit dem deutschen Volke und auch mit den deutschen Arbeitern so umgeht. Die französische Arbeiterschaft ist infolge der ganzen Schichtung der französischen Bevölkerung, wo das Kleinbürgertum und die Bauernschaft überwiegt, gar nicht imstande, selbst wenn es wollte, dem französischen Imperialismus allein Widerstand zu leisten. Aber auch der Wille ist gar nicht vorhanden. Denn bei allen Maßnahmen der französischen Regierung gegen Deutschland haben weder französische Sozialisten noch Kommunisten ernstlichen Widerspruch erhoben. Und die Kommunisten in Deutschland haben alles getan, um den deutschen Arbeitern in den Rücken zu fallen, wenn sie gemeinsam mit dem Bürgertum sich den Gewaltmaßnahmen des französischen Imperialismus widersetzen wollten. Oberflächlich, das Rheinland, die Pfalz bieten lehrreiche Beispiele dafür, daß die Kommunisten gewollt oder ungewollt dem feindlichen Imperialismus die Steigbügel gehalten haben.

Die einzige Möglichkeit, um dem französischen Imperialismus Widerstand zu leisten, besteht eben darin, daß Arbeiter und Bürger, überhaupt alle Schichten des deutschen Volkes fest gegen ihn zusammenhalten. Wird diese Möglichkeit immer wieder verpaßt, so wird auch der deutsche Arbeiter weiter zum Leben eines Kulis verurteilt.

Ein Hereinfall.

Der mehrheitssozialdemokratische preussische Landtagsabgeordnete Hubert hat in einer Anfrage an die preussische Regierung den in seinem Heimatbezirk Osnabrück gebildeten Heimatbund Wittekind als Ortschaft-Erlass zu denunzieren versucht. Er muß sich von seinem eigenen Parteigenossen, dem preussischen Innenminister Severing, in einer ausführlichen Antwort sagen lassen, daß der Heimatbund Wittekind das deutsche Wesen und die Liebe und Treue zur Heimat in völlig gesetzmäßigen Formen pflegt und daß die Erzählungen über seine Schießübungen die reinen Räubergeschichten sind. Herr Hubert ist herein gefallen, aber die Entente wird trotzdem ihre Freude an ihm haben.

Grundzüge der Deutschen Volkspartei.

(Beschl. auf dem Parteitag in Leipzig am 19. Oktober 1919.)

Wir bringen an dieser Stelle, vielfachen Wünschen Rechnung tragend, abschrittweise das Parteiprogramm.

(Die Schriftl.)

Deutsches Wesen besteht von alters her in dem Streben nach freier Entfaltung des Einzelnen und seiner Eigenart im Rahmen der vom Gemeinwohl beherrschten Volksgemeinschaft. Deutsches Wesen zu pflegen und ihm Geltung und Achtung in der Welt zu erringen, ist das Bestreben der Deutschen Volkspartei.

Die Deutsche Volkspartei vertritt daher auf der Grundlage nationaler Staatsgesinnung die Vertiefung und Ausföhrung der liberalen und sozialen Gedanken. Sie ruft alle geistigen und sittlichen Kräfte des deutschen Volkes auf zur Mitarbeit an einer inneren Erneuerung von Volksleben und Staat auf Grund voller Gleichberechtigung, ernster Pflichterfüllung und echter Liebe zum Vaterlande.

1. Vom Staatswesen.

1. Staatsgewalt.

Eine feste, starkgefügte Staatsgewalt — gestützt auf sorgfältige Pflege staatsbürgerlichen Pflichtbewußtseins, letzten Endes aber auch auf die unerläßlichen Machtmittel — ist die erste Voraussetzung für eine gedeihliche Entfaltung der deutschen Volkskraft nach außen und innen.

Je geringer die Machtmittel des Reiches sind, um so notwendiger ist es, das Pflichtbewußtsein gegen den Staat bis zum Tode, die Manneszucht und Kameradschaft, die Grundpfeiler, auf denen unser deutsches Volkstheer aufgebaut war, im deutschen Volke lebendig zu erhalten. Dafür wird die Deutsche Volkspartei allezeit eintreten.

Sie fordert volle politische Gleichberechtigung aller Staatsbürger; sie erblickt aber in der freiwilligen, vertrauensvollen Gefolgschaft, die das Volk seinen selbstgewählten Führern leistet, eine wesentliche Vorbedingung für Deutschlands Freiheit und Aufstieg. Sie wird diese Gesinnung besonders pflegen.

2. Stellung nach außen.

Wie für den einzelnen in der Volksgemeinschaft, so verlangt die Deutsche Volkspartei für das deutsche Volk im Kreise der Völker die ihm gebührende Achtung und Freiheit der nationalen und wirtschaftlichen Entwicklung.

Sie erstrebt eine politische und wirtschaftliche Völkerverständigung, hält diese aber für unmöglich, solange die Ehre des deutschen Volkes von unseren Feinden zertreten, eine Vereinigung aller Deutschen, die von uns gerissen sind oder sich zum Reiche bekennen, einschließlich der österreichischen Deutschen, verhindert und der uns aufgezwungene Gewaltfrieden aufrechterhalten wird.

Unsere auswärtige Politik bedarf einer umsichtigen, zielbewußten und sachkundigen Leitung. Der auswärtige Dienst ist umzugestalten; unsere Vertreter im Ausland sind allein nach dem Gesichtspunkt der Tüchtigkeit so auszuwählen, daß sie auf Grund enger Beziehungen zum Auslandsdeutschtum und zu den maßgebenden Kreisen des Auslandes, insbesondere der ausländischen Presse, unsere Politik, unseren Handel und unsere Industrie erfolgreich zu unterstützen vermögen.

An der geistigen und sittlichen Hebung der auf niedriger Kulturstufe stehenden Völker mitzuwirken, ist auch das deutsche Volk berechtigt.

3. Staatsform.

Die Deutsche Volkspartei wird den Wiederaufbau des Reiches mit allen Mitteln fördern. Daher wird sie im Rahmen ihrer politischen Grundsätze innerhalb der jetzigen Staatsform mitarbeiten.

Die Deutsche Volkspartei fordert den deutschen Einheitsstaat mit weitestgehender Selbstverwaltung und Sicherung der Eigenart der einzelnen geschichtlich, kulturell und wirtschaftlich zusammenhängenden Landschaften. Solange sich aber nicht alle deutschen Länder gleichmäßig dem deutschen Einheitsstaat einfügen, wird die Deutsche Volkspartei sich jedem Versuch einer Zertrümmerung Preußens widersetzen.

Wir fordern die Wiederherstellung der ruhmvollen schwarz-weiß-roten Reichsfarben.

Die Deutsche Volkspartei erblickt in dem durch freien Entschluß des Volkes auf gesetzmäßigem

Wege aufzurichtenden Kaisertum, dem Sinnbild deutscher Einheit, die für unser Volk nach Geschichte und Wesensart geeignetste Staatsform.

Verantwortliche Mitarbeit der Volkvertretung an der Regierung ohne Ausbeutung der jeweiligen Parteimacht, gilt uns als wesentliche Grundlage jeder Verfassung.



Siegen.

Wir machen unsere Parteifreunde auf den Angeigentheil unserer Zeitung aufmerksam und bitten um rege Unterstützung.

Dahlbruch.

Der nächste politische Abend findet Dienstag, den 10. Januar, abends 7 1/2 Uhr, in der Wirtshaus Koch statt. Wir bitten um zahlreiches Erscheinen.

Neunkirchen.

Wie uns von befreundeter Seite mitgeteilt wird, ist Herr Kreisschulrat Dr. Scheppe von dem Herrn Unterrichtsminister in das Provinzialschulkollegium zu Berlin berufen worden. Es ist uns eine ganz besondere Freude, unserm Siegerländer Landsmann, der von jeher seine ganze Arbeitskraft in den Dienst der Schule und der Kulturpolitik gestellt hat und der in früherer Zeit für die Schule und ihre Ausgestaltung eingetreten ist, unsern herzlichsten Glückwunsch auszusprechen.

Begdorf.

Die politischen Abende finden bis auf weiteres wegen der ungünstigen Zugverbindung nicht statt. Die Herren können aber, nachdem sie sich untereinander in Verbindung gesetzt haben, die Abende selbstständig fortführen.

Briefkasten.

Angestellter, Daaden. Die Deutsche Volkspartei ist gegen eine Verschmelzung der Angestelltenversicherung mit der Invalidenversicherung.

G. B., Altkirchen. Wegen der Ortsklasseneinteilung wenden Sie sich am besten an Ihren Spitzenkandidaten Herrn Landtagsabgeordneten Landgerichtsdirektor Eichhoff-Neuwied.

D., Baasphe. Wir danken Ihnen für Ihre Zuschrift und Anregung für den 18. Januar und werden derselben Folge leisten.

Arbeiter, Wilsdorf. Es haben nicht 7000, sondern, soweit wir unterrichtet sind, nur 3000 Bergarbeiter gestreift.

G. B., Weidenau. Lesen Sie unsern Artikel: „Die Konsumvereine umsatzsteuerfrei“ in Nummer 53 und in der heutigen Nummer.

G. A., Niederbreichlingen. Herr Stadtschulrat Dr. Scheppe wohnt in Berlin N. O. 18, Landsberger Allee 6.

Vortrag Hilsenbach. Die Adresse von Herrn Dr. Stadler lautet: Berlin S. W. 35, Potsdamerprivatweg 121 d.

Landwirt, Dünnebusch. Wenden Sie sich in Ihrer Angelegenheit an Herrn Superintendenten Hubbert in Eiserfeld, der der Leiter des Johann Moritz-Stiftes in Siegen ist.

H. A., Krenztal. Der Vorsitzende der evangelischen Meistervereingung ist Herr Buchbindermeister Lemke, Siegen, Löhrstraße 39.

Die Anzeigen im Beobachter finden die weiteste und wirksamste Verbreitung.

Neue Werbemittel für Ortsgruppen.

Es sind neu erschienen und durch den Staatspolitischen Verlag G. m. b. H., Berlin S. W. 48, Friedrichstraße 226, zu beziehen:

1. Das ganze Deutschland soll es sein. Rede des Abg. Dr. Stresemann auf dem Stuttgarter Parteitag. Einzelpreis 1,50 M. Partiebezug billiger.
2. Der nationale und kulturelle Beruf Preußens. Rede des neuen Kultusministers Dr. Boecler auf dem ersten Preuentag in Potsdam. Preis noch unbestimmt.
3. Westtimme für die Privatangehörigen. Flugchrift. Preis 25 Pfg., Partiebezug billiger. Erste Auflage innerhalb 14 Tage vollständig vergriffen.
4. „Ich will den Angestellten einmal meine Meinung sagen“. 1000 Stück 90,— M. Flugblatt.
5. Der Dank der Beamtenschaft an die Deutsche Volkspartei. 1000 Stück 90,— M. Flugblatt.
6. Landwirtschaft, Volksernährung und Deutsche Volkspartei. 1000 Stück 90,— M. Flugblatt.

Die Parteifreunde werden dringend gebeten, das vorliegende Material für die Werbung zu benutzen. 1000 Mark legt für Werbezwecke ausgeben, bedeutet soviel wie 10 000 Mark während der Wahlzeit aufgewendet.

Herausgegeben vom Kreisverein Siegen der Deutschen Volkspartei Geschäftsstelle Brüderweg 1. (Fernruf 1442). Für die Schriftleitung verantwortlich: P. Nischke. (Fernruf 1442). Gedruckt bei W. Vorländer, Obergraben 5/1, sämtlich in Siegen.

HOTEL HUTHSTEINER.

Deutsche Volkspartei Siegen, Brüderweg 1.

Feine
Herrenschneiderei

F. Grübener

Siegen,
Marburger Straße 3.
Teleph. 2019.

Tüchtige Bürokräft für Parteibüro

(Schreibmaschine und Stenographie.)
Wend. m. Gehaltsanspr. a. d. Geschäftsstelle d. D. V. P.
Siegen, Brüderweg 1.

Einrich Oehl, Zigarrenspezialgeschäft
Marburger Straße 43.

Bürobedarf
Papier- u. Schreibwarenhandlg.
Wilh. Lemke, Siegen
Fernruf 2011 Lörrstr. 39.

Grubenbetrieben, Kesselschmieden etc.

liefert die
Maschinenfabrik Sürth A. G.
in Sürth bei Köln

Boag-Hämmer u. alle anderen Drehstuhlwerkzeuge
sowie Ersatzteile für alle Systeme.

Vertreter: W. H. Dickel, Siegen

Sandstraße 41 Telephon 1007.

BARMER BANK-VEREIN
HINSBERG, FISCHER & COMP.,
SIEGEN

empfiehlt sich zur Ausführung aller bankmäßigen Geschäfte

Tagesmädchen
gesucht.
Siegestr. 2.

August Keller
Juwelier
Siegen i. W., Markt 31
Fernsprecher 471
Kleinstes Geschäft am Platze.

Buchdruckerei G. Steinhaus

Fernsprecher 471 Siegen Kölner Str. 2 (Axeswende)

Anfertigung aller Drucksachen.

Gebr. Wolf, Siegen

Sondergeschäft für Bürobedarf.

Schreibmaschinen

Rechenmaschinen

Vervielfältiger
und deren Zubehör.

Waffen
aller Art

kauft an
Körner, Siegen

Gebrauchsm.
Waren.
PATENT
Hagen i. W.
Elberfelderstr. 34.